

Den Gegnern der Studienbeiträge gehen die Argumente aus

Im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf läuft die heiße Phase. Ein wichtiges Thema: die Studiengebühren

Von Frank Stäudner, Beitrag für Meinung&Debatte, den Debattenblog des Stifterverbandes, April 2010

Die SPD plakatiert: "Freude auf ein NRW ohne Studiengebühren". Die FDP hält mit "Aufstieg durch Bildung" dagegen. Die SPD kontert mit ihrem "Einsatz für bessere Bildung für alle". Inhaltlich bedeckt hält sich die CDU und setzt voll auf ihren Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers ("Kompetenz entscheidet"). Die Wahlkampfparolen bleiben vage, nur in dem Aufregerthema Studiengebühren sehen die Wahlkampfmanager der Sozialdemokraten offenbar eine Chance, sich vom politischen Gegner abzugrenzen und die eigenen Anhänger zu mobilisieren. Kann das gut gehen? Kann schon sein. Sollte es gut gehen? Auf keinen Fall.

Studierende mit niedriger sozialer Herkunft stellen 12 Prozent der Hochschulabsolventen, aber 16 Prozent der Studienabbrecher. Studierende mit hoher sozialer Herkunft stellen 37 Prozent der Hochschulabsolventen, aber nur 31 Prozent der Studienabbrecher. Das sind Ergebnisse der HIS-Studienabbruchstudie 2002. Seither hat sich an den Hochschulen eine Menge getan, unter anderem wurden in sieben von 16 Bundesländern Studiengebühren eingeführt (und in Hessen schon wieder abgeschafft). An zwei grundlegenden Befunden der Studie von 2002 hat sich aber wenig geändert:

- 1) Studenten aus gutem Hause sind an den deutschen Hochschulen weit in der Überzahl;
- 2) Studenten aus bildungsfernen Elternhäusern tun sich im Studium schwerer als Akademikerkinder und brechen ihr Studium häufiger ab.

Beides zusammengenommen kann man als klaren Appell für Studienbeiträge lesen. Denn so lange ein Studium nichts kostet, findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Metzgermeister und Kindergärtnerinnen bezahlen mit ihren Steuern das Studium der Anwalts-Beamten- und Ärztekinder. Deshalb ist nicht die Abschaffung von Studienbeiträgen sozial gerecht, sondern ihre Einführung. Oder anders formuliert: Die SPD in NRW verteidigt mit ihrem Ruf nach Bildungsgerechtigkeit die Privilegien der Mittel- und Oberschicht.

Hinzu kommt ein zweiter Punkt: Jüngste Umfragen und Studien zeigen, dass sich in Ländern mit Studienbeiträgen die Studienbedingungen spürbar verbessert haben. Mehr Tutorien, bessere Ausstattung, bessere Betreuungsrelationen - davon profitieren gerade jene Studentinnen und Studenten am meisten, die sich bisher im anonymen Massenbetrieb einer Universität schwer taten. Anders gesagt: Studienbeiträge sind die beste Medizin gegen Studienabbruch.